

1|2011

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

# hinterGRÜNde



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

LANDTAG THÜRINGEN



**PORTRÄT**

Die Abgeordneten .....3

**THEMA**

Gebäude - Klima-Ungeheuer, die es zu bändigen gilt .....5

**VOM FACH**

Der Landeshaushalt 2012 .....3

Freie Schulen .....8

Gentechnikpolitik in Thüringen .....9

Stiftung FamilienSinn .....9

**FRAKTION UNTERWEGS**

Kein Platz für Nazis .....10

Earth Overshoot Day .....10

Salon in Weimar .....10

Demo gegen Schweinereien .....10

**DEMNÄCHST**

Fachgespräch Inklusion .....11

Klimakonferenz .....11

Salon in Jena .....11

Thüringenausstellung .....11

## EDITORIAL



### *hinterGRÜNde für ein grünes Thüringen*

**Liebe Leserinnen und Leser,**

Sie halten heute die erste Ausgabe unserer Fraktionszeitung hinterGRÜNde in der Hand.

Wir wollen damit zeigen, was wir tun, wofür wir stehen und auch Hintergründiges ausplaudern. Wir wollen miteinander ins Gespräch kommen, unsere Ideen miteinander und GRÜNDlich diskutieren. Das zeichnet uns Grüne doch aus: original GRÜN und GRÜNDlich geht es zur Sache. Ob Anträge, Positionen oder Abstimmungsverhalten – die Handlungen von Abgeordneten, Fraktionen und Parteien werden von vielen Menschen hinterfragt. Doch unsere Entscheidungen sind wohl überlegt, bilden das feste Fundament unserer Arbeit. Solche hinterGRÜNde geben dem Handeln, nach Max Weber, Sinn. Wenn wir als bündnisgrüne Landtagsfraktion an die Lösung politischer Herausforderungen gehen, dann auf einem stabilen Fundament.

Wir Grüne stehen für Nachhaltigkeit – hinter bestimmte Grundfesten gehen wir nicht zurück. Ökologie, Bildung und soziale Gerechtigkeit bilden die Basis, unseren Hintergrund, für unsere Politik. Wenn Sie wissen wollen, wie das im Einzelnen aussieht, dann sind Sie bei hinterGRÜNde richtig! Wir legen die Karten auf den Tisch.

*Herzlich*

*Ihre Anja Siegesmund, Fraktionsvorsitzende*

## Der Landeshaushalt 2012 - Keine Schulden und trotzdem kein Geld



Der Haushalt 2012 sorgt für Debatten: Das Land erwartet durch die gute Konjunktur über 250 Millionen Euro mehr an Steuern, trotzdem müssen viele Baumaßnahmen auf Eis gelegt werden – bis 2014 werden keine neuen Straßen gebaut. Da auch die Gemeinden mehr Steuern erwarten, kürzt der Finanzminister die letzten fehlenden Millionen im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) und kommt am Ende ohne neue Schulden aus.

Die Kürzung im KFA löst den meisten Widerstand aus, sie wird als undurchsichtig, willkürlich und zu hoch angesehen. Dabei sind aber verschiedene Faktoren zu beachten:

Zuerst das Problem von Durchschnittszahlen und der Unterschiedlichkeiten, die hinter einem Durchschnitt stecken. Erstmals fällt den Kommunen auch ihre Ungleichheit auf die Füße. Jeder kennt örtliche Besonderheiten, die den BürgerInnen wichtig sind, aber aus der Logik des Landes nicht zu Größe und Bedeutung eines Ortes passen: ein Freibad für eine Kommune mit weniger als 1000 EinwohnerInnen macht aus haushalterischer Sicht keinen Sinn. Außerdem merken viele Betroffene nun, dass Standards und Leistungen tatsächlich in Frage gestellt werden müssen. Abwanderung und Alterung in den meisten Kommunen zeigen Wirkungen, die auch im KFA spürbar sind.

Verantwortlich für die jetzige Situation ist neben der Klientelpolitik der CDU für ihre ländliche Wählerschaft auch deren innere Blockade. Vielen direkt gewählten CDU-Abgeordneten ist ihr Heimatkreis lieb und teuer – vor allem, wenn das Teure durch das Land bezahlt wird.

### Unsere Forderungen zum Haushalt 2012 lauten:

- *Der Landeshaushalt ist dringend zu sanieren – nicht nur über Kürzungen bei den Kommunen.*
- *Gemeinden und Kreise brauchen so viele Landesmittel, dass bei Nutzung eigener und sonstiger Einnahmen eine angemessene und selbstbestimmte Erfüllung ihrer Aufgaben möglich ist.*
- *Land und Kommunen müssen Einnahmen und Ausgaben viel stärker an den großen gesellschaftlichen Veränderungen, also Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft, dem Trend zu Ein-Personen-Haushalten, der Binnenwanderung und der steigenden Altersarmut messen.*
- *Es müssen Mittel für die Energiewende und die Ökologisierung von Gesellschaft und Wirtschaft umgelenkt werden.*

Wir fordern eine bessere und stetigere Ausstattung des Landes mit Geldern durch die Bundesebene. Das Kooperationsverbot ist zu hinterfragen und eine Föderalismusreform III nötig.

Die Landesregierung aber bleibt bei ihren üblichen oberflächlichen Ankündigungen. Alle Risiken für den Haushalt, wie Zinserhöhungen oder ein möglicher wirtschaftlicher Abschwung, werden ausgeblendet. Es kann nicht nur um Haushaltskosmetik für 2012 gehen, vielmehr brauchen wir eine tragfähige Strategie, mit der Thüringen bis 2020 konsolidiert werden kann.

Carsten Meyer, haushaltspolitischer Sprecher  
Näheres auf <http://gruenlink.de/446>

## Ich stehe für Grün, weil ...



**Anja Siegesmund** – *Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit und Sport*

„Ich setze mich ein für: Mehr Generationengerechtigkeit. Nur wenn wir heute nicht länger über unseren Verhältnissen leben, nur wenn wir heute auf unseren Ressourcenverbrauch achten und die Überschuldung in Thüringen stoppen, werden unsere Kinder eine gute Zukunft in unserem Land haben.“



**Astrid Rothe-Beinlich** – *Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Bildung, Wissenschaft und Kultur*

„Ich stehe für GRÜN, weil: eine neue politische Kultur der Teilhabe und frischer Wind im Lande überfällig sind und Ökologie – Wirtschaft – Soziales und Gerechtigkeit nur von uns zusammen gedacht und zusammen gebracht werden. Zudem ist der Zugang zu Bildung die Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts. Wir wollen allen Kindern die Türen zur Welt öffnen. Und: ich will Mut und Lust machen, sich einzumischen, Demokratie zu wagen und klare Kante gegen Rechts zu zeigen.“



**Dr. Frank Augsten** – *stellvertr. Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Umweltschutz, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, Gentechnik und Gleichstellung*

Finanzkrise, Klimakrise, Welternährungskrise – wir GRÜNEN haben die Konzepte für die globalen Herausforderungen und die Probleme vor Ort. Regulierung der Finanzströme, Erneuerbare Energien und die Entwicklung einer nachhaltigen, gentechnikfreien Landwirtschaft weltweit anstatt Nahrungsmittelhilfen greifen ineinander. Unsere am Gemeinwohl orientierte Politik stellt sich der drohenden Entsolidarisierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen, die sich in den Krisen äußert.



**Dirk Adams** – *Sprecher für Energie- und Innenpolitik, Wirtschaft und Technologie*

„Thüringen braucht Entwicklung und Bewegung. Wenn wir stehen bleiben und uns nur über Vollbrachtes freuen, werden wir den Anschluss in Europa verlieren. GRÜN bedeutet wichtige Impulse für Thüringen: Erneuerbare Energien, Demokratie und Toleranz.“



**Jennifer Schubert** – *stellvertr. parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Petitionen*

„Die größten Veränderungen passieren schleichend. Klimawandel, Erosion und Ressourcenraubbau sind generationenübergreifende Prozesse. Deshalb ist es so schwierig, Nachhaltigkeit in praktische Politik zu übersetzen. Wir wollen das tun. Wir brauchen die CO<sub>2</sub>-Bremse auch für Gebäude und den Verkehr. Eine bessere Verkehrspolitik nützt außerdem sofort: mehr Platz für Menschen und Grün, bessere Luft, weniger Unfälle und Lärm.“



**Carsten Meyer** – *Sprecher für Haushalt und Finanzen, Medien und Europa sowie Bundes- und Justizangelegenheiten*

„Ich setze mich ein für: die Lösung der großen Probleme, die uns in wenigen Jahren erwarten und die alle eng miteinander verwoben sind: der soziale Ausgleich in der globalisierten Welt, ein geringerer Naturverbrauch und nachhaltiges Wirtschaften sowie der Kampf gegen den Klimawandel und die Begleitung des demografischen Wandels.“

## Thema

# Gebäude – Klima-Ungeheuer, die es zu bändigen gilt.



*Der in der Dresdner Universitätsbibliothek ausgestellte Maya-Kalender endet am 21. Dezember 2012. Einen Weltuntergang sagt er aber, entgegen landläufiger Meinung, für diesen Tag nicht voraus. Doch 2052, vierzig Jahre später, wird eine Welt untergegangen sein. Die Welt der Großkraftwerke. Kein Atomkraftwerk, kein Kohlekraftwerk, kaum ein großes Gaskraftwerk wird es dann noch geben. Und wenn, dann mit regenerativem Gas angetrieben. Auch im Kleinen wird sich viel ändern.*

Die Kinder werden in der Schule oder von der Oma hören, dass man früher „Heizungen“ hatte. Eine altertümliche Einrichtung, mit der man den exorbitanten Energieverlust, den damalige primitive Häuser hatten, ausgleichen musste. Vielleicht gibt's noch eine im Heimatmuseum, neben dem Nachtopf. Unvorstellbar wird das sein für die jungen Leute. Warum wollte man aufwändig Löcher bohren, Fossilien rausholen, diese um die halbe Welt schippern, kompliziert aufbereiten und lagern – nur um sie dann unnötig in einem Ofen zu verbrennen? Mit Feinstaub und Kohlendioxid. Und dafür auch noch Kriege führen.

Und überhaupt, das Kohlendioxid – ist es nicht unfassbar, dass die Menschen damals einfach den Kreislauf des Lebens durchbrochen und hemmungslos ein Gas in die Luft geblasen haben, das beinahe die Lebensgrundlage unseres gesamten Planeten, das stabile Klima, zerstört hätte?

Zugegeben, ein mutiges Szenario. Aber ziemlich weit in diese Richtung muss es gehen. Schon 2050, schlagen wir in unserem Entwurf zum Thüringer Klimaschutzgesetz vor, kann der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen in Thüringen um 95 Prozent gegenüber 1990 gesunken sein. Da ist dann kein Platz mehr für fossile Großkraftwerke und herkömmliche Heizungen. Nur noch ein paar Spitzenlastkraftwerke in Großstädten, Holzöfen auf dem Land und regenerativ angetriebene Wärmepumpen in Denkmälern und Altbauten wird es dann noch geben.

Der Rest funktioniert wie ein Daunenkissen. Die Bewohnerinnen und Bewohner halten sich in ihren ökologisch isolierten Plus-Energiehäusern selber warm. Auf dem Dach wird bilanziell der gesamte Strom selbst erzeugt. Das Netz fungiert als Puffer. Windstrom, Bio- und Windgas ergänzen die Energieversorgung, wenn die Sonne nicht scheint. Wärmetauscher sorgen für frische, Biofilter für gesunde Luft.



Anja Siegesmund zur Klimakonferenz 2010

Auf Wunsch kann man auch das Fenster aufmachen, wird das aber selten tun. Lieber gleich rausgehen.

Wie kommen wir dahin?

Der Dreisatz ergibt: Wir geben uns vierzig Jahre Zeit – müssen also pro Jahr 2,5 Prozent aller Häuser sanieren. Aktuell sind es weniger als ein Prozent. Die ExpertInnen sind sich einig, dass der Bund für die Drei Prozent-Rate fünf Milliarden Euro an Fördermitteln bereitstellen muss – pro Jahr.

Angesichts zur Gewohnheit werdender dreistelliger Rettungsschirm-Milliarden trotzdem nicht sonderlich beindruckend. Und dazu noch hoch profitabel. Denn ein Euro, der in die Gebäudesanierung investiert wird, bringt, je nach Berechnung, fünf- bis achtmal so viel an Rendite für die Volkswirtschaft – das rechnet sich für den Staat also alleine über die Mehrwertsteuer. Dafür bräuchte man nicht einmal neue Schulden aufnehmen oder die Steuern erhöhen.

### *Warum werden dann die Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung zusammengestrichen?*

Die Antwort ist unglaublich aber wahr: statt unsere Häuser zukunftsfest zu machen, wollen die BauministerInnen in Land und Bund weiter neue Straßentrassen durch sich entleerende Räume schlagen. Raumwiderstand überwinden, nennt sich das im Fachjargon, zunehmend auch BürgerInnenwiderstand.

Dabei ist längst nachgewiesen: Mehr Straßen bringen in Deutschland bei stagnierender oder zurück-

gehender Bevölkerung keinen Nutzen mehr, aber 10.000 Euro Folgekosten pro Kilometer und Jahr. Eine schwere Bürde für die Zukunft.

Wir lehnen den Fatalismus der InfrastrukturministerInnen vehement ab. 40 Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes werden durch Häuser verursacht. Das ist mehr als die gesamte Stromerzeugung verschuldet. Da darf sich eine verantwortungsvolle PolitikerIn nicht wegducken und hoffen, dass der Kelch der Richtungsentscheidung an ihr vorübergeht.

Während beim Strom mit dem fulminanten Aufstieg der Erneuerbaren Energien und dem Energiekonsens eine klimafreundliche Erzeugung bereits heute gesellschaftlich und technisch absehbar ist, stehen bei der Wärmeerzeugung noch viele Heizer auf der Bremse.

### *Beispiel für einen solchen Hemmschuh ist das sogenannte Mieter-Vermieter-Dilemma.*

Dieses sagt aus, dass die Besitzerin oder der Besitzer einer Wohnung kein wirtschaftliches Interesse hat, die Heizkosten zu senken, da sie oder er diese vollständig an die Mieterin oder den Mieter weiterreichen kann. Das Schlimme daran: Dieses Problem besteht in Wachstumsgebieten genauso wie in Schrumpfungsbereichen. Denn wo Wohnungen ver-zweifelt gesucht werden, wie beispielsweise in Jena, da kann die MieterIn es sich nicht leisten auf solche „Nebensächlichkeiten“ zu achten und in Gegenden, in denen die VermieterInnen verzweifelt nach BewohnerInnen suchen, da bekommen sie keinen Kredit, um eine energetische Sanierung durchzuführen. Denn es könnte ja sein, dass niemand da ist, der für die Zinsen zahlt.

Deshalb ist es verständlich, dass die HausbesitzerInnen-Verbände sich dagegen wehren, die aus Ihrer Sicht zu strengen Maßstäbe bei Sanierungen anzulegen. Einen Ausweg aus diesem Dilemma kann deshalb nur der Staat bieten. Neben ordnungsrechtlichen Vorschriften, die HausbesitzerInnen dazu veranlassen, wirtschaftliche Maßnahmen eigenwirtschaftlich durchzuführen, muss der Staat Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen, um alle Investitionen durchzuführen, die volkswirtschaftlich sinnvoll sind.

### *Finanziell leisten kann das nur der Bund.*

Die Länder haben praktisch keine Möglichkeiten ihre Einnahmen zu erhöhen. Gleichzeitig sind sie durch die Schuldenbremse bereits jetzt faktisch dazu



gezwungen, keine neuen Schulden aufzunehmen. Die notwendigen dreistelligen Millionenbeträge sind nicht aus dem Landeshaushalt finanzierbar - jedenfalls nicht in Thüringen.

Basierend auf einer auskömmlichen Förderung sollte sich der Bund auch ordnungspolitisch endlich trauen, verbindliche Vorgaben für die Sanierung im Altbaubestand festzulegen. Bislang drückt er sich darum. Diese Lücke hat bislang nur Baden-Württemberg mit einem Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz teilweise ausgestaltet.

Darin werden Hauseigentümer verpflichtet mindestens zehn Prozent ihres Energiebedarfs aus regenerativen Energien zu decken, wenn sie ihre Heizung austauschen. Das hat allerdings in der Vergangenheit dazu geführt, dass viele die alte Heizung lieber weiterlaufen ließen, weil sie sich vor den damit verbundenen Umstellungs-Verpflichtungen fürchten. Die neue grün-rote Landesregierung sucht hier nun nach einer Verbesserung.

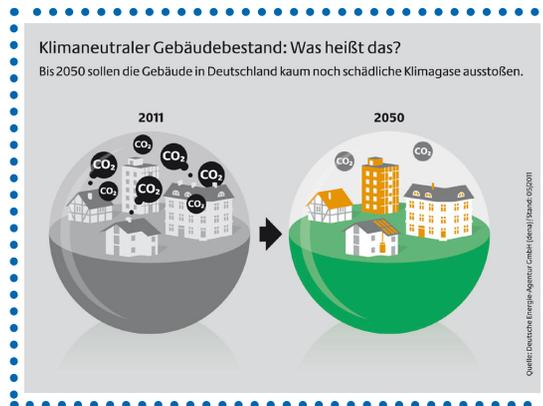
*Wie diese Verbesserung aussehen könnte, wird auf unserer Klimakonferenz mit dem Titel „Wer A sagt, muss auch E sagen“ am 2. und 3. November ein Schwerpunkt sein.*

Pia Grund-Ludwig, die Herausgeberin des Energiesparportals enbausa.de, wird dazu aus ihrer Heimat Baden-Württemberg berichten. Denn wer aus der Atomenergie aussteigt, der muss nicht nur über die Erzeugung des Stroms durch Erneuerbare, sondern auch über Einsparung und Effizienz bei Elektrogeräten und Wärmeanwendungen erreichen, dass der Energiebedarf gedeckt werden kann.

*Wenn es nach uns geht, soll bis 2050 die Wärmeversorgung in Thüringen klimaneutral umgestellt werden.*

Auch die Landesregierung in Thüringen hat angekündigt, ein Wärmegesetz vorzulegen. Grundsätzlich ein gutes Vorhaben. Allerdings will sie offensichtlich nicht die Verbindung von Heizungsaustausch und Außenhautdämmung. Es bleibt abzuwarten, wie sie dieses Dilemma lösen will. Denn unseren Entwurf zum Klimaschutz-Gebäude-Rahmengesetz haben die Regierungsparteien abgelehnt. Dieser sieht vor, dass das Land sich dazu verpflichtet, bis 2050 die Wärmeversorgung in Thüringen klimaneutral umzustellen. Dazu soll ein breiter gesellschaftlicher Diskussionsprozess angestoßen werden, der die grundsätzliche Bereitschaft der Menschen zum Klimaschutz aufgreift und mit ihnen zusammen einen Investitionspfad gestaltet, der die Lasten und Nutzen

gerecht verteilt. Dass dies möglich ist, hat die Vereinbarung zwischen der IHK, dem Mieterbund und dem Umweltverband BUND im Land Berlin gezeigt. Dort konnte ein Stufenplan vorgelegt werden, der alle Interessen in eine gemeinsame Richtung bündelt. Es bleibt zu hoffen, dass die Berliner Koalition nun mutige Schritte geht, diese Vorlage auch umzusetzen.



Die Ziele und Maßnahmen für die Energiewende sind also auch für unsere Gebäude weitgehend ausgesteckt. Sie müssen aber auch umgesetzt werden. Spätestens seit uns umstrittene Großprojekte wie Stuttgart 21 zeigen, dass eine Politik unter faktischem Ausschluss der Öffentlichkeit zum Scheitern verurteilt ist, ist klar, dass wir neue Dimensionen der BürgerInnenbeteiligung brauchen. Die Umfrageergebnisse mit ihrer breiten Zustimmung zur Energiewende ermutigen zudem zusätzlich, diese so anzugehen. Wer auf dem Weg zu einer 100-Prozent-EE-Welt mit- und ernstgenommen wird, die und der wird auch bereit sein, ihren und seinen Beitrag zu leisten. Und am Ende gewinnen ja alle. Neudeutsch: Eine „Win-Win-Win-Strategie“. Das ist am 3. November auch der Titel des Vortrags von Ingrid Nestle, unserer Sprecherin für Energiewirtschaft in der Bundestagsfraktion. Ein schönes Strategiespiel, mit mindestens drei Gewinnern: dem Klima, dem Geldbeutel und dem Arbeitsmarkt. Und es ermöglicht uns hoffentlich für viele weitere Generationen eine stabile Welt ohne unerträgliche Wetterextreme. Wir haben es in der Hand.

*Jennifer Schubert, baupolitische Sprecherin  
Dirk Adams, energiepolitischer Sprecher  
Dr. Frank Augsten, umweltpolitischer Sprecher*

**KLIMAKONFERENZ**

„Wer A sagt, muss auch E sagen“  
2./3. November 2011

Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Näheres auf <http://gruenlink.de/43u>



## Gesetz für freie Schulen vor dem Thüringer Verfassungsgericht Nach Gesetzesänderung zahlen Eltern die Zeche – Wahlfreiheit ade



Mit dem Inkrafttreten des neuen Thüringer Gesetzes für Schulen in freier Trägerschaft zum 1. Januar 2011 wurde TrägerInnen wie Eltern sehr schnell bewusst, dass sie die Zeche für die Kürzungspolitik von Schwarz-Rot zahlen müssen. Und genau so kam es leider auch. Nachdem 2011 bereits vier Millionen Euro im Landeshaushalt gekürzt worden, sinken die Zuschüsse für die freien Schulen 2012 um weitere fünf Millionen Euro – und das trotz kontinuierlich steigender Nachfrage.

Wir fanden von Anfang an, dass dieses Gesetz freie Träger unzulässig benachteiligt. Angesichts insgesamt sinkender SchülerInnenzahlen ist dem SPD-geführten Bildungsministerium offensichtlich ein Dorn im Auge, dass etwa zehn Prozent der rund 240 000 SchülerInnen in Thüringen eine freie Schule besuchen. Nachdem die ersten Schulgelderhöhungen greifen und weitere bereits anstehen, haben wir in enger Absprache mit der LAG Freie Schulen beschlossen, das Gesetz durch den Thüringer Verfassungsgerichtshof in einer sogenannten Normenkontrolle auf seine Verfassungsmäßigkeit prüfen zu lassen. Denn an dieser haben wir erhebliche Zweifel.

*„Alle Sorgen sind berechtigt gewesen“, sagt Marco Ebert von der Evangelischen Schulstiftung. An den 18 Schulen, die die Stiftung betreibt, sind die Elternbeiträge im Schnitt von 80 auf 130 Euro im Monat erhöht worden.*

Das Grundgesetz garantiert freien Schulen einen Anspruch auf Finanzhilfe. Doch wie hoch der staatliche Zuschuss genau sein muss, ist ebenso wenig festgelegt wie die Höhe der Schulgelder, die die freien Schulen verlangen dürfen. Da diese jedoch das

Sonderungsverbot beachten müssen – keine SchülerInnen darf aufgrund der Besitzverhältnisse vom Besuch abgehalten werden – können sie die massiven Einsparungen nicht durch stetig steigende Elternbeiträge kompensieren. Einige Schulen haben bereits die Entlassung von Lehrkräften angekündigt. Wir befürchten außerdem, dass gerade kleine Schulen, die keinen finanzstarken Träger im Rücken haben, unmittelbar in ihrer Existenz bedroht sind.

Freie Schulen sind jedoch ein wichtiger Bestandteil des pluralen Schulsystems, daher brauchen sie gleiche Rahmenbedingungen wie staatliche. Alle Kinder – egal, ob sie eine staatliche oder eine freie Schule besuchen – müssen dem Staat gleich viel wert sein und brauchen zugleich individuelle Förderung. Wir kritisieren insbesondere, dass die staatliche Finanzhilfe durch die Umstellung der Berechnungsgrundlagen weder bedarfsorientiert noch transparent ist – Hartz IV lässt grüßen. Auch befürchten wir, dass die freien Schulen durch die Gesetzesänderung das Sonderungsverbot nicht einhalten können. Laut Grundgesetz darf es zudem keine einseitigen Kürzungen zu Lasten freier Schulen oder umgekehrt, zu Lasten staatlicher Schulen geben.

Unser Anliegen war und ist es definitiv nicht, Politik über die Gerichte durchzusetzen. Wir haben deshalb bis zuletzt entsprechende Änderungsanträge ins Parlament eingebracht, um die zweifelhaften Regelungen zu ändern. Diese wurden jedoch von Schwarz-Rot nicht übernommen. Mit einem Urteil rechnen wir nun nicht vor Ende 2012. Bis dahin werden wir selbstverständlich weiter am Ball bleiben.

Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin  
Näheres auf <http://gruenlink.de/44v>

## Gentechnik-Politik in Thüringen: Wenn der Schein trügt

Groß war unsere Verwunderung über die Aussage im Koalitionsvertrag der beiden Thüringer Regierungsparteien CDU und SPD, eine gentechnikfreie Bewirtschaftung der landeseigenen Flächen „anzustreben“. Ein für CDU-(Regierungs-)Verhältnisse europaweit einmaliger Vorgang, der den Verdacht nahelegt, dass die SPD hier das Wort geführt hat.

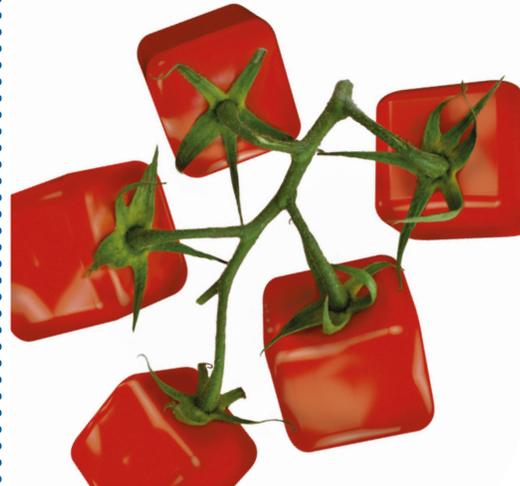
Und auch bei der Verstärkung dieser Position in Form eines Landtagsbeschlusses im Juni 2010, bei dem aus dem „anzustreben“ ein erklärter Verzicht auf die Agro-Gentechnik wurde, regte sich bei der CDU nichts. Ist die Thüringer SPD also eine gentechnikkritische Kraft, die den sonst so gentechnikfreundlichen Koalitionspartner zumindest in dieser Angelegenheit im Griff hat?

Ein Blick über die Landesgrenzen bestätigt allerdings eher die Erfahrungen aus rot-grünen Regierungszeiten im Bund. Kanzler Gerhard Schröder galt damals als ausgemachter Gentechnikbefürworter, so dass unsere Agrar- und Verbraucherschutzministerin Renate Künast nebst grüner Bundestagsfraktion so manche Kröte schlucken mussten, um die Agro-Gentechnik in Deutschland einigermaßen im Zaum zu halten.

*Bei wichtigen Entscheidungen in Brüssel bedeutete der Dissens zwischen uns und der SPD im Endeffekt Enthaltungen, während andere EU-Mitgliedsstaaten ausgesprochen kritische Positionen bezogen.*

Auch heute gibt die SPD kein einheitliches Bild ab: Während die Bundestagsfraktion im September 2011 einen Antrag zum strengeren Verbraucherschutz im Gentechnikrecht einbringt (der selbstverständlich von CDU und FDP abgelehnt wurde), ebnet die SPD-Landtagsfraktion in Brandenburg zeitgleich der Gentechnik in der Landwirtschaft mal eben den Weg. Hier übrigens mit Unterstützung der LINKEN.

Das gleiche Bild in Thüringen: Die in der Regel von unseren KommunalpolitikerInnen und Landkreisabgeordneten eingebrachten Anträge zur gentechnikfreien Bewirtschaftung von verpachteten kommunalen und landkreiseigenen Flächen werden regelmäßig genau von den Parteien abgelehnt, die das Gleiche im Landtag für die landeseigenen Flächen beschlos-



sen haben. Während das bei der CDU nicht weiter verwundert, muss sich die Thüringer SPD schon fragen lassen, was sie eigentlich will. Erst recht, wenn man ihr Abstimmungsverhalten im Landtag bewertet, wo sie gegen unsere Anträge für das Aufrechterhalten des Verbotes des Gentech-Maises MON810, die Nichtzulassung der Gentech-Kartoffel Amflora und die Ausweitung des Schutzes der landeseigenen Flächen vor Kontamination durch gentechnisch veränderte Organismen gestimmt hat.

*Es bleibt dabei: „Nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten sollt ihr sie messen.“ Wohlklingende Anträge und Beschlüsse bringen gute Schlagzeilen, sind aber wirkungslos, wenn in der Umsetzung vor Ort das Gegenteil getan wird.*

Solange uns schlechte Gesetze nicht ausreichend vor den Gefahren der Gentechnik schützen, brauchen wir eine Verabredung zwischen BodenbesitzerInnen, LandwirtInnen und VerbraucherInnen, so viel Fläche wie möglich gentechnikfrei zu bewirtschaften. Wer dies verhindert, spielt der Gentechnik-Industrie direkt in die Hände und tritt die Wahlfreiheit derer, die sich für gentechnikfreie Landwirtschaft und Ernährung entschieden haben, mit Füßen.

*Die einzig verlässliche gentechnikkritische Kraft in Thüringen sind wir!*

Dr. Frank Augsten,  
verbraucherschutzpolitischer Sprecher  
Näheres auf <http://gruenlink.de/44w>

19. August 2011



### Kein Platz für Nazis im Eichsfeld

Thüringen ist mit dem rechtsextremen, sogenannten „Rock für Deutschland“ in Gera nach wie vor eine beliebte Spielwiese für Nazis. Auch in Kirchheim, Erfurt, Eisenach, Bad Langensalza sowie Nordhausen und Leinefelde (s. Bild) sind Nazis aufmarschiert. Aber egal, wo und wie oft sie es auch versuchen - wir werden uns immer wi(e)dersetzen!

6. Oktober 2011



### Salon der Nachhaltigkeit

In der Veranstaltungsreihe Salon der Nachhaltigkeit ging es im ACC in Weimar um Finanzen. Unter der Überschrift „Geld regiert die Welt - doch wer regiert das Geld?“ diskutierte Anja Siegesmund mit Antje Hermenau, Damian Ludewig und Carsten Meyer. Die Reihe Salon der Nachhaltigkeit wird fortgesetzt und findet das nächste Mal im Januar 2012 in Jena zum Thema Demokratie und BürgerInnenbeteiligung statt.

Näheres auf <http://gruenlink.de/43q>

21. August 2011



### Earth Overshoot Day

Der Earth Overshoot Day markiert den Tag im Kalender, ab dem wir über unsere Verhältnisse leben. Am 21.8.2011 hatten wir bereits alle Ressourcen aufgebraucht, die uns eigentlich für ein gesamtes Jahr zur Verfügung stehen sollten - und jedes Jahr müssen wir den Earth Overshoot Day früher in unserem Kalender anstreichen. So kann es nicht weitergehen! Schon mit kleinen Schritten können wir etwas gegen das „Leben auf großem Fuß“ ausrichten. Deshalb haben wir z. B. auf dem Erfurter Anger Ökobeutel gegen Plastiktüten verteilt: Mehrweg statt Einweg - nachhaltig statt kurzfristig. So kann es gehen und jeder und jede kann etwas dazu beitragen, damit wir den Schuldenberg an unserem Planeten nicht nur stoppen, sondern auch wieder abbauen.

13. Oktober 2011



### Demo gegen tierquälerische Schweinereien

Dr. Frank Augsten hat für uns auf der Demo gegen tierquälerische Schweinemast- und Zuchtanlagen vor dem Thüringer Landtag gesprochen. Wenn Anlagen Dimensionen erreichen, bei denen Tiere beim Ausfall der Technik ersticken oder im Brandfall nicht mehr evakuiert werden können und darüber hinaus Anwohner sowie Umwelt über Gebühr belastet werden, wird eine Grenze überschritten, die wir nicht akzeptieren. So geschehen z. B. in Alkersleben bei Erfurt, wo in einer einzigen Nacht 3021 Ferkel qualvoll erstickt sind.

Näheres auf <http://gruenlink.de/43r>



## Fachgespräch Inklusion

8. November 2011, 18 Uhr  
Thüringer Landtag, Jürgen-  
Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt,  
Raum F125

Den Auftakt zu unserer Veranstaltungsreihe zum Thema Inklusion markiert die Podiumsdiskussion: „Inklusion statt Aussonderung! - Wege zu einer Schule für alle“.

Näheres auf <http://gruenlink.de/441>



## Klimakonferenz: „Wer A sagt, muss auch E sagen“

2./3. November 2011  
Thüringer Landtag, Jürgen-  
Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Wir diskutieren über Energieeinsparung und Effizienz im Gebäudebereich.

Näheres auf <http://gruenlink.de/43u>



## 5. Salon der Nachhaltigkeit

19. Januar 2012, 19.00 Uhr Café:  
ok, Löbdergraben 7, 07743 Jena

Was ist Nachhaltigkeit und wer handelt nachhaltig? Dieser Frage wollen wir uns mit der Veranstaltungsreihe „Salon der Nachhaltigkeit“ widmen. BürgerInnenhaushalte und -beteiligung werden die Schwerpunkte des 5. Salons in Jena sein.



## Thüringenausstellung

25. Februar - 4. März 2012  
Messe Erfurt, Gothaer Straße  
34, 99094 Erfurt

DEMNÄCHST

Weitere Informationen erhalten Sie hier:

facebook



twitter



youtube



[www.facebook.com/gruenethl](http://www.facebook.com/gruenethl)

[www.twitter.com/gruene\\_thl](http://www.twitter.com/gruene_thl)

[www.youtube.com/gruenethl](http://www.youtube.com/gruenethl)

[www.gruene-fraktion.thueringen.de](http://www.gruene-fraktion.thueringen.de)

## Unsere MitarbeiterInnen:



**Heike Thorwarth**  
*Fraktionsgeschäftsführerin*

Geschäftsstelle  
0361- 3772669  
heike.thorwarth@gruene-fraktion.thueringen.de



**Maria-Theresa Meißner**  
*Referentin der Fraktionsvorsitzenden*

Geschäftsstelle  
0361- 3772660  
maria.meissner@gruene-fraktion.thueringen.de



**Sandra Reda** *Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung sowie für Europaangelegenheiten*

Geschäftsstelle  
0361- 3772679  
sandra.reda@gruene-fraktion.thueringen.de



**Theresa Junge** *Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / stellvertretende Pressesprecherin*

Pressestelle  
0361- 3772667  
theresa.junge@gruene-fraktion.thueringen.de



**Mario Amling** *Referent für Umweltschutz, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, Gentechnik und Gleichstellung*

Parlamentarische Beratung  
0361- 3772678  
mario.amling@gruene-fraktion.thueringen.de



**Antje Eismann** *Referentin für Innenpolitik, Wirtschaft und Technologie*

Parlamentarische Beratung  
0361- 3772689  
antje.eismann@gruene-fraktion.thueringen.de



**Jan Lemanski** *Referent für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit und Sport*

Parlamentarische Beratung  
0361- 3772680  
jan.lemanski@gruene-fraktion.thueringen.de



**Matthias Schlegel** *Referent für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Petitionen*

Parlamentarische Beratung  
0361- 3772691  
matthias.schlegel@gruene-fraktion.thueringen.de



**Ines Birkmann**  
*Referentin der Fraktion*

Geschäftsstelle  
0361- 3772670  
ines.birkmann@gruene-fraktion.thueringen.de



**Beate Blumenstein**  
*Referentin der Fraktionsvorsitzenden*

Geschäftsstelle  
derzeit in Elternzeit



**Oliver Will**  
*Pressesprecher*

Pressestelle  
0361- 3772666  
oliver.will@gruene-fraktion.thueringen.de



**Jörg Schwabe**  
*Referent für Veranstaltungskoordination*

Pressestelle  
0361- 3772690  
joerg.schwabe@gruene-fraktion.thueringen.de



**Christian Darr**  
*Referent für Energie und Klima*

Parlamentarische Beratung  
0361- 3772692  
christian.darr@gruene-fraktion.thueringen.de



**Tino Gaßmann** *Referent für Bildung, Wissenschaft und Kultur*

Parlamentarische Beratung  
0361- 3772683  
tino.gassmann@gruene-fraktion.thueringen.de



**Antje Niebur** *Referentin für Haushalt und Finanzen, Medien sowie Bundes- und Justizangelegenheiten*

Parlamentarische Beratung  
0361- 3772676  
antje.niebur@gruene-fraktion.thueringen.de



**Christian Herrmann**  
*studentische Hilfskraft*

Geschäftsstelle  
0361- 3772682  
christian.herrmann@gruene-fraktion.thueringen.de

## Impressum

### hinterGRÜNde

3 Ausgaben pro Jahr  
Fraktionszeitung von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Landtagsfraktion Thüringen  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Telefon 0361- 3772670  
E-Mail [info@gruene-fraktion.thueringen.de](mailto:info@gruene-fraktion.thueringen.de)  
Internet [www.gruene-fraktion.thueringen.de](http://www.gruene-fraktion.thueringen.de)  
V.i.S.d.P.: Oliver Will, Text- und Bildredaktion: Theresa Junge

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Bilder: Miredi - Fotolia.com (S. 2), Frog974 - Fotolia.com (S. 3), guukaa - Fotolia.com (S. 9)

